

Noch ist Deutschland mit der Bewältigung der Corona-Pandemie beschäftigt. Angesichts eines fortschreitenden Anteils Geimpfter und Genesener an der Bevölkerung ist aber ein Ende absehbar. Umso mehr kann sich die neue Bundesregierung jenen Aufgaben widmen, die Deutschland auch nach der Pandemie beschäftigen werden: demographischer Wandel, Klimaschutz und Digitalisierung. Keines dieser Themen ist neu. Die damit verbundenen Herausforderungen dürften aber schon bald deutlich spürbarer werden als bisher. Die Zeit, in der die Politik diesen Themen mit mangelnder Konsequenz und Konsistenz begegnen konnte, geht zu Ende.

Dass die Politik Antworten auf den demographischen Wandel finden muss, insbesondere auf die Alterung der Gesellschaft, ist im Grunde schon seit dem drastischen Rückgang der Geburten in den 1970er-Jahren bekannt. Bislang hat der demographische Wandel aber gesamtgesellschaftlich und insbesondere finanzpolitisch eher zu einer Entlastung als zu einer Belastung geführt. Während die geburtenstarken Jahrgänge im Erwerbsleben standen und zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte beitrugen, war die Anzahl der noch nicht oder nicht mehr erwerbstätigen Personen vergleichsweise gering.

Mit dem anstehenden Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand und mit dem Nachrücken geburtenstarker Jahrgänge ins Erwerbsleben wird sich diese Relation in den nächsten Jahren dramatisch verschieben. In Zukunft werden deutlich weniger erwerbstätige Steuer- und Beitragszahler einer deutlich höheren Anzahl von Empfängern öffentlicher Leistungen gegenüberstehen. Verstärkt wird diese Entwicklung durch eine – durchaus erfreuliche – Zunahme der Lebenserwartung.

Auch das Thema Klimaschutz hat eine lange Geschichte. Die Extremwetterereignisse im Juli haben aber einen aktuellen Vorgeschmack darauf geliefert, welche Veränderungen der Klimawandel in Deutschland auslösen dürfte. Zwar sollte man klimatische Veränderungen nicht am aktuellen Wetter festmachen. Überschwemmungen wie jüngst in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz gab es schon in der Vergangenheit. Klimastudien lassen jedoch kaum einen Zweifel daran, dass sich solche Ereignisse in Zukunft in Deutschland häufen werden.

Anders als im Umgang mit dem demographischen Wandel hat die deutsche Politik auf den Klimawandel in jüngerer Zeit mit bemerkenswertem Aktionismus reagiert. Für die sogenannte Energiewende sind in den vergangenen beiden Jahrzehnten mehrere Hundert Milliarden Euro an Subventionen geflossen. Die Erfolge dieser Klimastrategie dürften aber überschaubar bleiben, denn weder Klima noch Wetter werden in nationalen Grenzen bestimmt.

Auch die Konsequenzen der Digitalisierung – oder genauer: der fehlenden Digitalisierung – hat die deutsche Bevölkerung in jüngster Zeit zu spüren bekommen. Die Corona-Pandemie hat die Kosten einer verfehlten Digitalisierungsstrategie schonungslos offengelegt. Mit einer systematischen digitalen Nachverfolgung von Corona-Infektionen wie etwa in Südkorea hätten Infektionsketten deutlich schneller durchbrochen werden können. Aus Datenschutzgründen wurde aber weitgehend auf eine digitale Nachverfolgung verzichtet. Stattdessen hat man sich auf handschriftliche Einträge in Papierlisten gestützt, die von Gesundheitsämtern allein schon deshalb kaum ausgewertet wurden, weil die Handschriften nicht entziffert werden konnten.

Wie beim Klimaschutz scheint die deutsche Politik beim Thema Digitalisierung vor allem darauf zu vertrauen, dass viel öffentliches Geld viel hilft. Der Erfolg der Digitalisierungsstrategie wird insbesondere daran festgemacht, dass selbst die entfernteste Region mit Breitbandanschluss versorgt wird, alle Schulen mit Smartboards ausgerüstet werden und möglichst jedem Schulkind ein Tablet an die Hand gegeben wird.

Digitalisierung hat aber nicht nur mit Infrastruktur zu tun. Sie erfordert nicht zuletzt einen kulturellen Wandel und eine Neuorganisation von Abläufen innerhalb von privaten und öffentlichen Institutionen. Selbstverständlich verlangt Digitalisierung einen verantwortungsvollen Umgang mit Daten. Dabei sollte aber nicht aus dem Blick geraten, welche Chancen die gesellschaftliche und wirtschaftliche Nutzung von Informationen mit sich bringt. Wenn digitale Geschäftsmodelle unterbunden werden, digitalen Unternehmen der Marktzutritt erschwert wird und sich Bundes- und Landesdatenschutzbeauftragte einen Wettbewerb darum liefern, wem die restriktivsten Maßnahmen zum Datenschutz einfallen, werden sich öffentliche Investitionen in die digitale Infrastruktur als wenig produktiv entpuppen. Was nutzen schließlich schnelles Internet und moderne Endgeräte, wenn deren Nutzung immer weiter eingeschränkt wird?



Foto Illustration F.A.S.

# Anleitung zum Regieren

Die nächste Bundesregierung bekommt viel zu tun:  
Wie wird die Rente sicher? Wie lässt sich das Klima schützen?  
Wie geht es mit der Digitalisierung voran?  
Der Kronberger Kreis hat ein paar Vorschläge.

Wie sollte sich die neue Bundesregierung den drei Themen Demographie, Klima und Digitalisierung stellen? Bei der Demographie hat die Politik die Zeichen der Zeit am wenigsten erkannt. Der demographische Wandel wird insbesondere die gesetzliche Rentenversicherung belasten. Deshalb erscheint es fast unverantwortlich, zusätzliche Leistungen wie einen weiteren Ausbau der Mütterrente in Aussicht zu stellen. Die neue Bundesregierung muss sich mit der Frage befassen, wie sie die Beitragsseite der Rentenversicherung nachhaltig stärken will. Neue Ausgaben zu definieren würde die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung dagegen weiter destabilisieren.

Der demographische Wandel wird den Altenquotienten, das heißt das Verhältnis der Anzahl der nicht mehr im erwerbsfähigen Alter befindlichen Personen zur Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, in den nächsten Jahren stark steigen lassen. Eng verbunden mit dem Altenquotienten ist der Rentnerquotient, der die Anzahl der Rentner zur Anzahl der Beitragszahler ins Verhältnis setzt. Eine finanziell stabile Rentenversicherung erfordert, dass der Rentnerquotient nicht zu stark steigt. Vereinfacht ausgedrückt, stabilisiert ein geringerer Rent-

nerquotient die Finanzierung der Rentenversicherung, und ein höherer destabilisiert sie. Den Rentnerquotienten kann die Politik beeinflussen. Ansatzpunkte sind eine Steigerung der Erwerbsbeteiligung, die Ausdehnung des Versichertenkreises, eine verstärkte Zuwanderung von erwerbsfähigen Personen und ein höheres gesetzliches Renteneintrittsalter.

Höhere Erwerbsbeteiligung und ein größerer Versichertenkreis senken den Rentnerquotienten, indem sie die Anzahl der Beitragszahler erhöhen. Keines von beidem kann aber den demographisch bedingten, stetigen Anstieg des Rentnerquotienten verhindern, weil die Erwerbsbevölkerung dadurch nicht dauerhaft anwächst. Auch die Zuwanderung von Personen im erwerbsfähigen Alter kann die Anzahl der Beitragszahler erhöhen. Sie ist zudem geeignet, die Rentenversicherung dauerhaft zu entlasten. Dazu wäre aber eine deutlich höhere Nettozuwanderung nach Deutschland nötig als heute – und eine erfolgreiche Integration der Zuwanderer.

Eine sehr wirksame Maßnahme zur finanziellen Stabilisierung der Rentenversicherung ist die Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters. Sie

reduziert die Anzahl der Empfänger und erhöht gleichzeitig die Anzahl der Beitragszahler. Mit einem höheren Renteneintrittsalter lassen sich insbesondere die finanziellen Folgen einer steigenden Lebenserwartung abfedern. Die Regelaltersgrenze sollte deshalb an die Entwicklung der Lebenserwartung gekoppelt werden, sodass eine höhere Lebenserwartung automatisch zu einer längeren Lebensarbeitszeit führt. Würde jede weitere Erhöhung der Lebenserwartung zu zwei Dritteln auf eine höhere Lebensarbeitszeit und zu einem Drittel auf eine längere Rentenbezugsdauer entfallen, so ließe sich die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung damit erheblich stabilisieren.

Für den Schutz des Klimas hat die Politik in Deutschland, anders als für die Stabilisierung des Rentensystems angesichts des demographischen Wandels, in den vergangenen Jahrzehnten einiges unternommen. Das darf man für erstaunlich halten, denn dem demographischen Wandel in Deutschland lässt sich deutlich besser mit nationalen Maßnahmen begegnen als der Veränderung des globalen Klimas. Für die Wirksamkeit klimapolitischer Maßnahmen ist dagegen entscheidend, dass global weniger Treib-

hausgas emittiert werden. Wenn lokal weniger emittiert wird, zugleich aber anderswo Anreize für zusätzliche Emissionen entstehen, ist für das Klima nichts gewonnen.

An dieser einfachen Einsicht gemessen, hat Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten trotz hoher Ausgaben wenig für den Klimaschutz erreicht. Das hat insbesondere mit zwei Unzulänglichkeiten der deutschen Klimapolitik zu tun. Zum einen ist die deutsche Klimapolitik noch immer unzureichend mit der europäischen Klimapolitik verzahnt. Das hat dazu geführt, dass sich klimapolitische Maßnahmen teilweise wechselseitig neutralisieren. Wenn beispielsweise europaweit Emissionen von Treibhausgasen begrenzt und Emissionsrechte gehandelt werden, Deutschland aber zugleich emissionsarme Technologien subventioniert, hat das zur Folge, dass in Deutschland weniger Emissionsrechte nachgefragt werden, der Preis dafür sinkt und deshalb anderswo in Europa mehr Treibhausgas emittiert werden können.

Zum anderen wird die deutsche Klimapolitik zu sehr von der Wunschvorstellung geleitet, Deutschland könne durch nationale Emissionseinsparungen direkt einen substanziellen Beitrag

## ■ DIE AUTOREN

Der Kronberger Kreis ist ein 1982 gegründeter Zusammenschluss wirtschaftsliberaler deutscher Hochschulprofessoren der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften. Gegenwärtig gehören ihm Lars Feld (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg), Volker Wieland (Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main), Berthold Wigger (Karlsruher Institut für Technologie), Justus Haucap (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf), Clemens Fuest (Ludwig-Maximilians-Universität München) und Heike Schweitzer (Humboldt-Universität zu Berlin) an.

gegen die Klimaerwärmung leisten. Erstens ist Deutschland dafür trotz seiner wirtschaftlichen Bedeutung zu klein. Der gegenwärtige Anteil Deutschlands an den weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen liegt bei weniger als zwei Prozent. Selbst wenn Emissionseinsparungen in Deutschland einen messbaren Effekt auf das globale Klima hätten, wäre zweitens fraglich, ob Deutschland als Vorreiter andere Länder zu einer klimafreundlicheren Politik bewegen würde. Es könnten im Gegenteil andernorts Anreize entstehen, sich beim Klimaschutz eher zurückzuhalten. Zudem laden die hohen Ausgaben, die Deutschland für die Klimapolitik aufwendet, andere Länder nicht gerade dazu ein, diese Politik nachzuahmen.

Das soll nicht bedeuten, dass Deutschland keinen wichtigen Beitrag gegen die Erderwärmung leisten kann. Eine effiziente Klimapolitik erfordert aber erstens eine bessere internationale und europäische Abstimmung. Zweitens sollte sich Deutschland in der Klimapolitik mehr auf seine Stärken besinnen. Dazu gehört die Innovationskraft seiner Unternehmen. Auch in der Corona-Krise hat der Rest der Welt nicht unbedingt davon profitiert, dass die deutsche Politik ein nachahmenswertes Beispiel für Pandemiebewältigung geliefert hat. Der globale Beitrag Deutschlands lag vielmehr darin, dass hier ein hochwirksamer Impfstoff entwickelt wurde.

Die Aufgabe der Klimapolitik sollte es sein, innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für neue Klimatechnologien zu schaffen. Das gelingt nicht dadurch, dass selektiv einzelne Technologien staatlich gefördert werden. Notwendig ist vielmehr ein möglichst technologieoffener Wettbewerb, in dem sich die effizientesten Technologien durchsetzen.

Innovationsfreundliche Rahmenbedingungen gehören auch zu einer erfolgreichen Digitalisierungsstrategie. Die neue Bundesregierung sollte möglichst bald eine Sachverständigenkommission einberufen, die Vorschläge dafür entwickelt. Zentrales Element einer erfolgreichen Digitalisierungsstrategie ist ein innovationsfreundliches Datenrecht. Zwar sind auch öffentliche Investitionen in die Digitalisierung notwendig. Der Staat sollte aber insbesondere dafür sorgen, günstige Bedingungen für private Investitionen zu schaffen. Verbotsorientierte Regulierungen, mit denen digitale Geschäftsmodelle eingeschränkt werden, wirken investitionsstimmend.

Zu einer erfolgreichen Digitalisierungsstrategie gehören deutschlandweite oder noch besser europaweite digitale Standards. Gegenüber den USA und China ist Deutschland aufgrund der geringeren Nutzerreichweite digitaler Angebote naturgemäß im Nachteil. Umso wichtiger ist es, einer Zersplitterung des europäischen Marktes durch einheitliche Standards für digitale Dienstleistungen entgegenzuwirken. Das gegenwärtige Nebeneinander einer Vielzahl von Corona-Apps hat eindrücklich gezeigt, welche Nachteile entstehen, wenn es einzelnen digitalen Angeboten an Nutzerreichweite fehlt.

Demographischer Wandel, Klimaschutz und Digitalisierung werden in den nächsten Jahren erhebliche öffentliche und private Ressourcen in Anspruch nehmen. Die neue Bundesregierung muss deshalb Sorge dafür tragen, dass der staatliche Haushalt solide finanziert wird, ohne den privaten Sektor zu stark zu belasten. Hohe öffentliche Schulden erfordern eine auf Wachstum ausgerichtete Finanzpolitik. Die neue Bundesregierung sollte nicht der Versuchung erliegen, die öffentlichen Haushalte durch Steuererhöhungen zu konsolidieren. Dadurch würde Deutschland weiter an Standortattraktivität und Wachstumsdynamik verlieren. Um ein investitions- und innovationsfreundliches Klima zu schaffen, sollte die neue Bundesregierung vielmehr eine Verbesserung der steuerlichen Abschreibungen und eine Erleichterung der steuerlichen Verlustverrechnung auf den Weg bringen. Damit würden sich insbesondere für junge, innovationsintensive Unternehmen die Rahmenbedingungen verbessern. Durch Innovation kann Deutschland die kommenden Herausforderungen meistern.